

## Anlage II

Achtung: nur vom kontrollierten oder kontrollierenden Unternehmen auszufüllen!

**Ersatzerklärung im Sinne von Art. 47 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, für die Gewährung von «de minimis»-Beiträgen**

Die/Der **Unterfertigte:**

ABSCHNITT 1 – Meldedaten des/der Antragstellers/in				
Inhaber/in / gesetzlich er/e Vertreter/- in des Unterneh mens	Name und Nachname	geboren am	in der Gemeinde	Prov.
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Wohnsitzgemeinde	PLZ	Straße	Nr. Prov.
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

in der Funktion als **gesetzlicher/e Vertreter/-in des Unternehmens:**

ABSCHNITT 2 – Meldedaten des Unternehmens				
Unternehm en	Name/Firmenbezeichnung	Rechtsform		
	<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Rechtssitz	Gemeinde	PLZ	Straße	Nr. Prov.
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Daten des Unternehm ens	Steuernummer	MWST.-Nummer	Telefon	
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

welches das Antrag stellende Unternehmen

(Name/Firmenbezeichnung/Rechtsform), mit Bezug auf die Gewährung von Förderungen im Sinne des Landesgesetzes vom 4. Februar 1997, Nr. 4, in geltender Fassung kontrolliert oder von diesem kontrolliert wird<sup>1</sup>;

für die Genehmigung der «de minimis»-Beiträge laut Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 352/2013 am 24.12.2013) und unter Berücksichtigung der Verordnungen der Kommission Nr. 1408/2013 de minimis im Bereich Landwirtschaft und Nr. 360/2012 de minimis DAWI.

Der/Die Antragssteller/in ist darüber **informiert**, dass nicht der Wahrheit entsprechende Angaben und gefälschte Unterlagen gemäß den Artikeln 75 und 76 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 28.12.2000, Nr. 445, sowie Art. 2/bis des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17 in geltender Fassung, **strafrechtlich verfolgt** werden können und den **Widerruf der Beiträge** aufgrund einer Falscherklärung zur Folge haben und

**erklärt** (Zutreffendes ankreuzen)

<sup>1</sup> Siehe EU Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 352/2013 vom 24.12.2013)

1. dass das Geschäftsjahr (Steuerjahr) für das Antrag stellende Unternehmen am  beginnt und am  endet.
- 2.1 dass dem Unternehmen im laufenden Steuerjahr und in den beiden vorangegangenen Steuerjahren **keine** „de minimis“-Beihilfe gewährt worden ist;
- 2.2 dass dem Unternehmen im laufenden Steuerjahr und in den beiden vorangegangenen Steuerjahren **folgende** „de minimis“-Beihilfen gewährt worden sind:

(weitere Reihen hinzufügen, falls notwendig!)

	Beitragsgewährende Körperschaft	Gesetzlicher / verwaltungsmäßiger Bezug, der die Vergünstigung vorsieht	Art und Datum der Beitrags gewährenden Maßnahme	EU Verordnung <i>de minimis</i>	Höhe des „de minimis“- Beitrages		Davon der Tätigkeit des Straßengüterverkehrs zugerechnet
					gewährt	ausbezahlt <sup>2</sup>	
1	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
2	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
3	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
4	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
5	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	<b>Insgesamt</b>				<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

<sup>2</sup> den tatsächlich ausbezahlten Saldobetrag angeben, wenn dieser niedriger ist als der gewährte Betrag, und /oder den Betrag angeben, der dem Antrag stellenden Unternehmen zugewiesen wurde, im Falle von Aufspaltung, und /oder den Betrag, der dem abgetretenen Unternehmenszweig zugewiesen wurde.

**und ermächtigt,**

unter Berücksichtigung des Art. 13 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 30. Juni 2003, Nr. 196 in geltender Fassung (*Codex im Bereich des Schutzes von persönlichen Daten*), die Beitrags gewährende Verwaltung zur Verwendung und Verarbeitung der Daten in dieser Erklärung zum Zweck der Verwaltung oder aus statistischen Gründen, auch mithilfe von elektronischen und automatisierten Mitteln, unter Beachtung der Sicherheit und Vertraulichkeit und im Sinne des Artikels 38 des DPR Nr. 445/2000.

**Der gegenständlichen Erklärung wird eine Kopie eines Identitätsausweises beigelegt.**

Ort und Datum

(Digitale) Unterschrift